

Israel-Palästina

Evangelische
Mittelost-
Kommission **EMOK**

Eine Positionsbestimmung der EMOK

Vorwort

Es ist ein kleines Wunder, dass dieses Papier zustande gekommen ist. Denn es ist ein gemeinsam erarbeitetes Policypapier, dem im Grundsatz alle Mitglieder der EMOK zugestimmt haben.

Die EMOK, also die Evangelische Mittelost-Kommission der EKD, ist ein Zusammenschluss aller evangelischer Gruppen und Institutionen, die sich mit dem christlich-jüdischen oder dem islamisch-christlichen Gespräch beschäftigen oder die im Nahen Osten engagiert sind, also sowohl auf jüdisch-israelischer als auch auf arabisch-palästinensischer Seite (siehe die Zusammenstellung auf der letzten Seite).

Beobachter aus dem Nahen Osten haben mit Bewunderung davon geredet, dass es bei uns eine solche Kommission gibt.

So bin ich als vom Rat der EKD in diese Kommission entsandtes Mitglied und von der EMOK-Vollversammlung dann gewählter Vorsitzender erfreut und dankbar. Zwar waren die Treffen und die Diskussionen immer geschwisterlich offen und hörbereit. Und dennoch war es nicht selbstverständlich, dass wir es geschafft haben, uns auf dieses Papier zu einigen. Wenn Sie es lesen, mögen Sie bitte immer diese sehr unterschiedlichen Absender im Blick haben.

Nicht ausführlicher beschäftigt haben wir uns darin mit der Bedeutung und Situation der Christen im Nahen Osten: das wird unser nächstes Projekt sein.

Somit liegt jetzt ein Papier vor, das eine möglichst umfassende evangelische Sichtweise auf die politischen Verhältnisse im Nahen Osten bietet, das hoffentlich Orientierung ermöglicht, gegebenenfalls auch zur Reibung oder zum Widerspruch dienen kann. Ich freue mich sehr, dass der Rat der EKD dieses Papier der EMOK zustimmend zur Kenntnis genommen und einer Veröffentlichung durch die EMOK zugestimmt hat.

Ganz herzlich danke ich den Mitgliedern des Exekutivkomitees der EMOK, die viel Zeit über diesem Papier verbracht haben, insbesondere Pfarrerin Hanna Lehming, NMZ und Pfarrer Andreas Maurer, EMS, sowie den Geschäftsführern der EMOK, OKR Jens Nieper, EKD und Owe Boersma, EMW.

Möge dieses Papier uns alle ermutigen, uns für den Frieden im Nahen Osten einzusetzen, damit Israelis und Palästinenser, Juden, Christen und Muslime dort eines Tages alle in Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit leben können. Gott gebe seinen Segen dazu.

München, in der Friedensdekade 2009

Dr. Johannes Friedrich
Landesbischof

Israel-Palästina – Eine Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK)

Vorbemerkung

Israel und Palästina bilden für evangelische Christen in Deutschland zusammen eine sehr wichtige Region, die seit Jahrzehnten von fast gleichbleibend großem Interesse ist.

Dieses Interesse richtet sich einerseits auf die israelische Seite und rührt aus der besonderen Verbundenheit von Christen in Deutschland mit dem jüdischen Volk im Staat Israel, mit dem Judentum als Religion sowie mit dem Heiligen Land als Ort der biblischen Geschichte. Gleichzeitig beschäftigt viele Christen die Situation des palästinensischen Volkes, das seit nun über einem Jahrhundert in einen dramatischen Konflikt mit jüdischer Ansiedlung und dem Staat Israel schicksalhaft verwickelt ist. Kirchliche Werke, Gruppen oder Einzelpersonen engagieren sich besonders in der ökumenischen Arbeit seit langem für palästinensische Christen. Auch in den christlich-muslimischen Dialog sind Palästinenser miteinbezogen.

Auf vielen Ebenen des kirchlichen Lebens im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bestehen seit Jahrzehnten Beziehungen zu Menschen und Einrichtungen sowohl im Staat Israel als auch im palästinensischen Gebiet. Die Kontakte zu Israelis und Palästinensern haben den Horizont christlicher Gemeinden geweitet und ihr Leben bereichert. Das Interesse daran, das „Heilige Land“, Israel und die palästinensischen Gebiete zu bereisen und kennen zu lernen, ist ungebrochen. Auf der Ebene von Mensch zu Mensch bestehen viele Verbindungen und Freundschaften.

Die einzelnen Christen wie die verfasste Kirche mit ihren Institutionen geraten aber durch den anhaltenden Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern immer wieder in eine schwierige Lage:

1. Zum einen finden sie sich in einem **Loyalitätskonflikt**: Als Christen aus Deutschland sind sie mit dem Staat Israel und dem jüdischen Volk auf besondere Weise verbunden. Als Christen haben sie eine große Nähe zum Land Israel und zum Judentum. Die Staatlichkeit Israels wird bejaht. Durch die Geschichte der Mission und im Geist der Ökumene sind sie gleichzeitig mit palästinensischen Christen verbunden. Als Teil der weltweiten Ökumene fühlen sie sich zum Einsatz für Gerechtigkeit gerufen und sehen die Palästinenser unter Unrecht leiden.

2. Auf dem Hintergrund der katastrophalen deutsch-jüdischen Geschichte der NS-Zeit haben evangelische Christen die Staatsgründung Israels und den Kampf der Juden im jungen Staat Israel ums Leben und Überleben mit Sympathie und Anteilnahme verfolgt. Sie haben sich mit den empfundenen und tatsächlichen Existenzbedingungen des jüdischen Volkes darum besonders intensiv befasst. Sie treten dafür ein, dass Juden dort selbstbestimmt und in Sicherheit leben können.

Aktuelle Entwicklungen und Ereignisse fordern gleichwohl immer wieder eine Haltung oder zumindest eine Reaktion der EKD heraus. Folgende sollen hier exemplarisch genannt werden:

- die anhaltende Besatzungspolitik Israels
- die Erfahrung von Gewalt u.a. durch Terror und Attentate
- die Aktivitäten sog. „christlicher Zionisten“
- die Abwanderung von Christen aus der Region
- die zahlreichen militärischen Konflikte zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten
- die andauernde Bestreitung des Existenzrechts Israels von Staatsführern, politischen Gruppierungen oder Einzelnen

Die Evangelische Mittelost-Kommission (EMOK) legt daher folgende Überlegungen vor, die helfen sollen, einige wesentliche Eckpunkte für das Verhältnis zwischen der EKD und dem Staat Israel einerseits und den Palästinensern andererseits zu klären.

Dabei sollte folgende Asymmetrie im christlichen Verhältnis zu Israel und Palästina bedacht werden:

- Christen in Deutschland sind mit dem jüdischen Volk und mit dem Staat Israel durch ihre Geschichte sowie aufgrund des christlichen Glaubens verbunden. Dieses Verhältnis ist aufgrund seiner theologischen Implikationen sowie auf dem Hintergrund der deutsch-jüdischen und der christlich-jüdischen Geschichte ein Verhältnis sui generis und mit dem zu keinem anderen Volk oder Staat vergleichbar.
- Dementsprechend enthalten bereits eine Reihe von kirchlichen Dokumenten Überlegungen über das Verhältnis von evangelischen Christen in Deutschland zum Staat Israel. Es seien hier vor allem die Studien „Christen und Juden“ I – III der EKD genannt.
- Die Beziehung von Christen in Deutschland zu den Palästinensern gehört in den Horizont der christlichen Ökumene bzw. zu den ethisch-theologischen Fragen.

I. Israel

1. Was bedeutet „Israel“ für evangelische Christen insbesondere in Deutschland?

Mit dem Begriff „Israel“ wird Verschiedenes assoziiert, das unterschieden werden muss und doch auf bestimmte Weise zusammengehört: jüdisches Volk, Land Israel, Staat Israel.

1.1 Ursprungsort des christlichen Glaubens

Jedem Christen klingt aufgrund der biblischen Tradition der Name „Israel“ in den Ohren und im Herzen. Liest man die Geschichten des Alten oder Neuen Testaments, dann erhalten die Orte der Geschichte Israels und der Geschichte Jesu Christi gegenständliche Bedeutung. Zu Recht hat auch die spirituelle Bedeutung des Landes oder der Stadt Jerusalem in christlicher Frömmigkeit und Theologie Bedeutung gewonnen. Sie öffnet eine Hoffnungsperspektive, die gleichzeitig kritische Distanz zum Hier und Jetzt erlaubt. Trotzdem sind das tatsächliche, materielle Israel, die Stadt Jerusalem und die Stätten und Orte der biblischen Geschichte auch für Christen von großer Bedeutung.

1.2 Selbstbestimmtes Judentum als Voraussetzung für einen echten Dialog

Auch durch Israel als Heimatland des Judentums sind wir als Christen mit dem heutigen Israel verbunden. Christlicher Glaube bezieht sich immer auf das Judentum. Zweitausend Jahre hindurch war diese Bezugnahme überwiegend negativ bestimmt. Juden waren eine geduldete Minderheit in christlichen Ländern, oft verächtlich gemacht, zur Konversion gezwungen, verfolgt und ermordet. Im Staat Israel haben Juden die Chance politisch unabhängig, selbstständig und selbstbestimmt zu leben – eine unabdingbare Voraussetzung für einen echten und fairen Dialog. Christen können dies als Chance auch für die christliche Theologie und für die Entwicklung echter Dialogfähigkeit begreifen.

1.3 Staatsgründung Israels – hermeneutische Herausforderung der christlichen Theologie

Die Spiritualisierung des Landes Israel im Christentum wie im Judentum (Erez Israel) war umso naheliegender, als ein eigener Staat Israel mehr als 2000 Jahre lang nicht existierte und das jüdische Volk – bis auf kleine jüdische Gruppen – in der Diaspora lebte. Das Christentum hat einen Triumphalismus seiner Religion nicht zuletzt aus dem endgültigen staatlichen Ende des antiken Israels (im Jahre 70 bzw. 135 n. Chr.) begründet. Die neuzeitliche Staatsgründung Israels hat die christliche

Theologie daher nachhaltig hermeneutisch herausgefordert. Viele christliche Theologen und Theologinnen erkennen es daher als ihre Aufgabe, die Beziehung zum Judentum unter der Voraussetzung von dessen Freiheit und Unabhängigkeit ganz neu zu begreifen.

Die Aufgabe, das jüdische Gegenüber als ein selbstbestimmtes Subjekt wahr- und ernst zu nehmen, bleibt eine noch lange nicht bewältigte Herausforderung und gleichzeitig Chance der christlichen Theologie.

1.4 Israel – Moderner Staat und Zufluchtsort für Juden in aller Welt

„Israel“ ist nicht nur das Land der Bibel. Israel ist ein demokratischer, seinem Grundverständnis nach säkularer Staat im Mittleren Osten, entstanden aus der Zionssehnsucht von Juden, als Befreiungs- und Nationalbewegung des jüdischen Volkes auf dem Hintergrund des europäischen Nationalismus und des Antisemitismus. Als Deutsche sind wir in die Geschichte des jüdischen Staates unmittelbar verflochten. Israel in der Sorge um sein Lebensrecht inmitten der Völker beizustehen, ist ein Grundgebot unseres Glaubens, wenn Christen dem 5. Gebot treu sein wollen, dem sie in ihrer Geschichte untreu waren.

Christliche Solidarität mit Israel erweist sich nicht erst im Extremfall, sondern drückt sich aus im solidarischen Mitleben mit der ganzen jüdischen Existenz im Staat Israel.

Das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes in seinem eigenen Staat, ist wie das Selbstbestimmungsrecht aller Völker von Christen uneingeschränkt zu bejahen.

1.5 Über den christlich-jüdischen Dialog hinausgehend

Der kirchliche Bezug zu Israel ist zwar durch den christlich-jüdischen Dialog mit initiiert worden, doch er besteht nicht nur in einem Dialog der Religionen. Er betrifft das Verhältnis von Christen in Deutschland zur ganzen, auch säkularen Lebenswirklichkeit der Israelis. Israel bedeutet für uns mehr als nur Heimat des religiösen Judentums. Und Israel ist für uns nicht nur wichtig im Zusammenhang des Nahostkonfliktes. Der Staat Israel ist die Institution, die Juden sich für ihre nationale, selbstbestimmte Existenz gewählt haben. Er hat für Juden auf der ganzen Welt existentielle Bedeutung und ist daher auch für Christen von Bedeutung.

2. Folgerung

Dem so beschriebenen Verhältnis von evangelischer Kirche in Deutschland und dem Staat Israel entspricht am ehesten die Wahrnehmung und Pflege einer freundschaftlichen, partnerschaftlichen Beziehung.

3. Wie könnte sie Gestalt annehmen?

Diese Beziehung kann Gestalt annehmen

- durch regelmäßige Kontakte und Pflege von Beziehungen der EKD zum israelischen Oberrabbinat
- durch regelmäßige Kontakte und Treffen auf Leitungsebene von kirchlichen Repräsentanten und Repräsentanten des Staates Israel
- durch Förderung der Begegnung von evangelischen Christen aus Deutschland mit Menschen und Institutionen im Staat Israel
- durch Förderung von Jugendbegegnungen
- durch Förderung von „Studium in Israel“ und der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“
- durch Förderung der Kenntnis von Judentum und Staat Israel im Bereich der EKD
- durch Zusammenarbeit der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen in Israel zur Stärkung der Zivilgesellschaft, insbesondere mit solchen, die sich für die Gleichberechtigung aller in Israel lebenden Menschen einsetzen
- durch regelmäßige Kontakte und Beziehungen zu christlichen und jüdischen Partnern in Israel

II. Palästina

1. Was bedeutet „Palästina“?

Der Begriff „Palästina“ ist mehrdeutig: Er kann in historischer Perspektive eine geographische oder politische Einheit (wie etwa das britische Mandatsgebiet) beschreiben. Häufig wird er auch synonym für die seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete verwendet. Im Folgenden steht der Name Palästina vor allem für den künftigen Staat, den die Palästinenser im Rahmen einer verhandelten Zweistaatenlösung an der Seite Israels schaffen möchten.

1.1 Historisch gewachsene institutionelle Partnerschaften

Die evangelischen Kirchen und Werke in Deutschland sind durch eine 150-jährige Geschichte missionarischen, diakonischen und sozialen Handelns evangelischer Christen und Werke in Palästina mit Menschen dort verbunden. Aus diesem Engagement sind nicht zuletzt die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL) und zahlreiche Institutionen wie die Schule Talitha Kumi oder die Behindertenarbeit auf dem Sternberg entstanden. Es bestehen enge partnerschaftliche Beziehungen evangelischer Kirchen und Werke zur (anglikanischen) Bischöflichen Kirche von Jerusalem (Episcopal Church of Jerusalem and the Middle East).

1.2 Ökumenische Verbundenheit

Die lokalen Kirchen können für eine friedliche Zukunft des Nahen Ostens einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb sind sie wichtige Partner kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit. Darüber hinaus arbeiten der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und „Brot für die Welt“ mit verschiedenen palästinensischen Nichtregierungsorganisationen zusammen. Aufgrund dieser Beziehungen sowie aus ökumenischer Verbundenheit unter Christen aller Denominationen sowie struktureller Verbundenheit durch die gemeinsame Mitgliedschaft im ÖRK oder anderen Organisationen ist es für evangelische Christen in Deutschland geboten, sich auch mit der Lage der Christen und somit der palästinensischen Gesellschaft insgesamt zu befassen.

Die Evangelische Kirche hat in ihren ökumenischen Beziehungen von den lokalen Kirchen des Nahen und Mittleren Ostens gelernt, wie wichtig den Christen und Kirchen des Orients ihre geographische, kulturelle und institutionelle Verbundenheit mit der Urgemeinde und der Geschichte Jesu ist, und erkennt diese als grundlegend an.

1.3 Sorge über die Abwanderung von Christen aus Palästina

Mit großer Besorgnis verfolgen Christen in Deutschland die schon lange währende, zahlenmäßig hohe Abwanderung von christlichen Palästinensern. Die Präsenz der palästinensischen Christen stellt eine Kontinuität von den frühesten Christen bis heute dar. Die christlichen Kirchen in ihrer Verfasstheit, sowie ihre Institutionen, die der gesamten palästinensischen Bevölkerung dienen, sind durch diese Abwanderung in ihrem Bestand gefährdet. Die EMOK geht davon aus, dass die auswandernden palästinensischen Christen ihr Heimatland nicht aus freien Stücken, sondern aufgrund der durch den Konflikt bedingten schwierigen Lage verlassen.

Die Gründe für diese Abwanderung sind unter anderem die unsichere politische Situation, die auch zu einer massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der palästinensischen Bevölkerung führt, und die infolge dessen fehlenden Zukunftsperspektiven. Dabei haben Christen aufgrund ihrer Bildung und der meist stärker ausgeprägten kulturellen Verbundenheit mit der westlichen Welt besondere Möglichkeiten zur Auswanderung.

Diese Entwicklung kann nur durch eine erlebbare und glaubwürdige Entwicklung hin zu einem gerechten Frieden und eine damit einhergehende wirtschaftliche Unterstützung der christlichen Kirchen und ihrer Institutionen und Projekte gestoppt werden. Das Fehlen der Christen wäre für die palästinensische Gesellschaft und Kultur eine fatale und tragische Entwicklung, deren Folgen nicht absehbar sind. Für das Christentum wäre das Fehlen der einheimischen Kirchen in seiner Ursprungsregion der Verlust einer seiner lebendigen Wurzeln.

1.4 Gemeinsames Engagement für einen lebensfähigen Staat Palästina

Das palästinensische Volk hat ein Recht auf einen eigenen Staat mit festgelegten Grenzen und nationaler Souveränität.

Evangelische Kirchen und Werke erkennen dieses Recht an und unterstützen die Vision einer friedlichen Zweistaatenlösung. Seit 1948 gibt es den Staat Israel, der seine völkerrechtliche Grundlage im UN-Teilungsplan und der daraufhin erfolgten Anerkennung durch die Staatengemeinschaft hat. Die arabische Seite lehnte den Teilungsplan ab. Teile des Landes, das der Plan der palästinensischen Bevölkerung zugesprochenen hatte, wurden 1948 im darauf folgenden Krieg mit den arabischen Nachbarländern von Israel erobert. Damit begann die bis heute existierende Flüchtlingsproblematik. Gaza wurde von Ägypten besetzt, das Westjordanland von Jordanien. Im Zuge des Junikriegs 1967 („Sechstagekrieg“) kamen Gaza und das Westjordanland unter israelische Kontrolle. Damit begann eine mittlerweile über 40 Jahre und bis heute andauernde militärische Besatzung.

Für die Entfaltung der Potentiale der palästinensischen Gesellschaft bedarf es einer glaubwürdigen palästinensischen Führung, die gegen Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen entschieden vorgeht und ein rechtstaatliches Institutionengefüge schafft. Die EMOK sieht mit großem Bedauern, wie stark die fortdauernde Besatzungssituation und rechtswidrige Besatzungsmaßnahmen, aber auch Korruption, Terror und innere Machtkämpfe das Vertrauen der palästinensischen Bevölkerung in ihre eigenen politischen Institutionen untergraben. Daher fördern und unterstützen evangelische Christen, Kirchen und Werke aus Deutschland ihre Partner in der innerpalästinensischen Auseinandersetzung um die Themen Gewalt und Menschenrechtsschutz. Zugleich bestärken sie sie in ihrem Bemühen, fundamentalistischen Entwicklungen in der palästinensischen Gesellschaft entgegenzutreten.

1.5 Kontextuelle Herausforderungen für theologisches Lernen

Evangelische Kirchen in Deutschland thematisieren gegenüber ihren palästinensischen Partnern ihre besondere theologisch begründete Beziehung zum jüdischen Volk und die historische Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Sie bemühen sich auch, ihre theologischen Lernprozesse hinsichtlich des jüdisch-christlichen Dialoges zu vermitteln (s. I.).

Gleichzeitig ist der EMOK bewusst, dass Theologie immer auch kontextgebunden ist, und dass die palästinensischen Geschwister in einem anderen historischen, aber auch politischen und gesellschaftlichen Kontext leben als Christen in Deutschland. Die Begegnung mit palästinensischer Theologie kann Christen in Deutschland helfen zu differenzieren, wo sie in ihrem theologischen Lernen seit Auschwitz auf unaufgebbare christliche Wahrheiten gestoßen sind, und wo ihre Theologie kontextuell ist.

2. Folgerung

Dem hier beschriebenen Verhältnis von evangelischen Kirchen in Deutschland und Kirchen und Organisationen in den palästinensischen Gebieten entspricht der Ausbau von ökumenischen und partnerschaftlichen Beziehungen. Die EMOK tritt dafür ein, dass ihren palästinensischen Partnern die gleichen Rechte gewährt werden wie ihren israelischen Partnern und unterstützt in beiden Gesellschaften die Menschen und Organisationen, die für eine friedliche Lösung eintreten.

3. Wie könnte dies Gestalt annehmen?

Diese Beziehung kann Gestalt annehmen

- durch regelmäßige Kontakte und Treffen auf Leitungsebene und Mitarbeit im Rahmen von ÖRK-Initiativen wie dem „Palestine-Israel Ecumenical Forum“ (PIEF)
- durch Förderung der Begegnung evangelischer Christen aus Deutschland mit Menschen, Kirchen und Organisationen in den palästinensischen Gebieten, beispielsweise im Rahmen von Pilger- und Delegationsreisen
- durch Förderung und Begleitung des „Ökumenischen Friedensdienstes in Israel und Palästina“ (EAPPI), der die palästinensische Bevölkerung und israelische wie palästinensische Friedenskräfte in ihrem Engagement begleitet
- durch Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich für Menschenrechte, friedliche Konfliktbearbeitung und gesellschaftlichen Pluralismus einsetzen, und durch kirchliche Entwicklungszusammenarbeit
- durch anwaltschaftliche Arbeit zur Einhaltung von Menschen- und Völkerrechtsstandards in den Beziehungen Deutschlands zu beiden Parteien im israelisch-palästinensischen Konflikt

Die EMOK bestärkt die palästinensischen Christen, nach Möglichkeit im Heiligen Land zu bleiben. Sie sagt ihnen geistliche, moralische und materielle Unterstützung zu und verpflichtet sich, mit den christlichen Kirchen in Israel und in den palästinensischen Gebieten regelmäßige Kontakte und Austausch zu pflegen. Wo sie darum gebeten wird, unterstützt sie legitime Interessen der palästinensischen Kirchen gegenüber staatlichen Institutionen. Dies könnte z.B. die Frage des Status der Christen in einem palästinensischen Staat betreffen, des Status von Frauen in der palästinensischen Gesellschaft, die Frage der Religionsfreiheit oder Schutzgarantien für christliche Einrichtungen.

III. Israel, Palästina und Deutschland

1. Was haben Israel und Palästina miteinander zu tun?

Die Ausführungen zu Israel und Palästina zeigen, dass es sich in beiden Fällen um komplexe Verhältnisse und inhaltsreiche Größen / Bezüge handelt, die zudem – besonders bei uns in Deutschland – stark emotional und religiös besetzt sind. Israel und Palästina bestehen jedoch nicht für sich, sondern in einem Neben- und Ineinander, einem Mit und Gegeneinander. Beide getrennt voneinander zu betrachten ist zwar zur Klärung von Positionen hilfreich, ist aber letztlich nicht sachgerecht. Deshalb versucht die EMOK, sie miteinander in Beziehung zu setzen.

2. Kein Frieden ohne Recht und Gerechtigkeit

Nur Recht und Gerechtigkeit können die Grundlage eines Friedens sein, der beiden Völkern ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglicht. Die Achtung geltender Menschen- und Völkerrechtsnormen ist die Grundlage jeder gelingenden Friedenslösung.

Mit Israel und Palästina agieren dabei zwei Gesellschaften politisch-säkular miteinander, wobei nur Israel volle staatliche Strukturen besitzt. Entsprechende Strukturen und Institutionen auf palästinensischer Seite bestehen zur Zeit nur partiell und eingeschränkt, Sie sind sowohl durch die Besatzungssituation als auch durch innerpalästinensische Konflikte nur sehr bedingt handlungsfähig. Palästina befindet sich in einem quasi prästaatlichen Status. Auch Israel hat sich grundsätzlich für die Gründung eines palästinensischen Staates ausgesprochen. Die daraus folgende gegenseitige gleichberechtigte völkerrechtliche Anerkennung der Staaten Israel und „Palästina“ ist notwendig, sobald es einen solchen palästinensischen Staat gibt. Bestehende Gemeinsamkeiten und Verbindungen sind zuvor schon zu stärken.

Folglich müssen für den Umgang der beiden Seiten miteinander internationale und allgemeingültige Gesetze und Regeln (Menschenrechte, Völkerrecht etc.) gelten. Religiös abgeleitete Ansprüche, die im Widerspruch dazu stehen, können auf der Ebene internationaler Beziehungen nicht anerkannt werden. Die Geschichte der Palästinenser wie der Israelis bzw. des jüdischen Volkes werden Berücksichtigung finden. Eine gewaltsame – militärische wie terroristische – Lösung ist abzulehnen. Ebenso ist klar zu betonen, dass extreme Maßnahmen (z.B. Vertreibung, Entrechtung usw., oder gar die aktuell diskutierten ethnischen Säuberungen) unter keinen Umständen erlaubte Mittel zum Zweck sein dürfen. Insbesondere gewaltsame Angriffe auf Zivilisten beider Seiten müssen enden, damit Vertrauen wachsen kann und Aussöhnung denkbar wird. Schließlich ist auch eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu finden.

Wie eine durch diplomatische Schritte erzielte Konfliktlösung aussehen kann (Zwei-Staaten-Modell, binationaler Staat oder eine sich noch nicht abzeichnende Alternative), bleibt primär den beiden Konfliktparteien überlassen. Eine Begleitung, Beratung und Unterstützung von außen erscheint aber notwendig und ist bisher auch von beiden Konfliktparteien erwünscht. Festzuhalten ist, dass eine Lösung beiden Konfliktparteien auf Dauer ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Frieden unter gerechten Bedingungen einräumen muss. Gegenwärtig sieht die EKD dies in einer Zwei-Staaten-Lösung am ehesten möglich.

Die Koexistenz von Israel und Palästina und von Israelis und Palästinensern macht es immer wieder nötig, dass sich auch die ausländischen und insbesondere die deutschen Unterstützer und Unterstützerinnen der einen wie der anderen Seite einander begegnen und sich mit den berechtigten Forderungen der anderen Seite auseinandersetzen. Es wird deutlich, dass es dabei unabdingbar ist, zunächst gegenseitig zu klären, was man unter Israel bzw. Palästina versteht. Auch eine Offenlegung der angestrebten Ziele beider Seiten dient einem konstruktiven Dialog. Diese Klärung ist im Sinne der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit auch von denen zu erwarten, die in Anspruch nehmen, auf beiden Seiten zu agieren.

3. Möglichkeiten und Grenzen der Kritik

Sowohl Israel als auch Palästina als Staaten, vor allem aber die dort lebenden Menschen haben ein Existenzrecht im Nahen Osten. Dies kann und darf nicht in Frage gestellt werden – weder unter den Konfliktparteien, noch von außen durch Dritte. Ebenso ist Kritik, die durch ihre verallgemeinernde Art antisemitischen, rassistischen oder antiislamischen Charakter erhält, abzulehnen und zu verurteilen.

Unter dieser Prämisse ist selbstverständlich Kritik an politischen Leitlinien, wie auch einzelnen politischen Maßnahmen und gesellschaftlichen Missständen möglich und nötig – sowohl im Bezug auf den Staat Israel wie auch im Bezug auf die palästinensische Gesellschaft. Kritik, die aus echtem Interesse am Wohlergehen der Palästinenser und Israelis, in fairer Weise, nach Prüfung der Tatbestände und in möglichst konstruktiver Weise erfolgt, muss nicht nur möglich sein, sondern gehört zur Verantwortung von Partnern und Freunden.

Exkurs: Christlicher Zionismus

Weltweit wächst eine als „christlicher Zionismus“ bezeichnete Bewegung. Sie wird von vielen Palästinensern neben dem Terrorismus und der anhaltenden Besatzungspolitik als sehr große Gefahr für einen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern gesehen. Auch von Juden wird sie skeptisch gesehen.

Dieser „christliche Zionismus“ gründet sich auf eine christlich-biblistische Tradition, die sich auf endzeitliche Aussagen der Bibel konzentriert und Bibelworte entsprechend auslegt. Die Bezeichnung als „christlicher Zionismus“ ist dabei irreführend, weil der Bezug zur säkularen, jüdisch-emanzipatorischen Bewegung des Zionismus allein darin besteht, dass die Staatsgründung und die staatliche Existenz Israels aufgenommen werden. Dabei wird für die Endzeit sogar mit der Zerstörung dieses jüdischen Staates mit dem größten Teil seiner jüdischen Bevölkerung gerechnet und die Bekehrung des Restes der Bevölkerung zum christlichen Glauben erhofft.

Nicht jeder ist ein „christlicher Zionist“, der nachdrücklich und vorbehaltlos Israel befürwortet und ggf. auch einseitig unterstützt, oder dem Staat Israel eine religiöse Bedeutung zuspricht. Spezifisch „christlich-zionistisch“ ist v.a. die eschatologisch-apokalyptische, in ihrer Konsequenz antijüdische Akzentsetzung.

Bei dem „christlichen Zionismus“ handelt es sich um keine einheitliche Lehre, die einzelnen Gruppierungen innerhalb der Bewegung variieren bezüglich ihrer Vorstellungen und Erwartungen. Weitgehend gemeinsam ist ihnen die Vorstellung, dass die Welt von Gott in sieben Zeitalter (englisch: dispensations) gegliedert wurde, die zur ewigen Gottesherrschaft hinführen. Das gegenwärtige Zeitalter kulminiert in der Wiederherstellung Israels. Daher ist eine Rückkehr aller Juden in das Land Israel zu fördern. In der Staatsgründung Israels und der Rückkehr der Juden im Jahr 1967 nach (Ost-)Jerusalem und nach „Judäa und Samaria“ (völkerrechtlich: in die besetzten Gebiete) sehen die „Christlichen Zionisten“ entscheidende apokalyptische Zeichen für den Beginn der Endzeit und das zweite Kommen Christi. Mehrheitlich begrüßen sie die israelisch-jüdische Siedlungstätigkeit, eine Transfer-(Umsiedlung der arabischen Bevölkerung) und eine Groß-Israel-Politik (maximalistisch vom Nil bis zum Euphrat). Damit stehen sie nationalreligiösen und revisionistischen Parteien und Organisationen in Israel nahe – zumindest sofern diese keine Versöhnungspolitik betreiben und kein Land an Araber zurückgeben. Erwartet werden von den „christlichen Zionisten“ Drangsale (englisch: tribulations), die zu einem Kampf zwischen Gut und Böse, zu einer Vernichtung der Ungläubigen und zu einem endgültigen Sieg Christi führen, nach dem dann die Erwählten im ewigen Reich Gottes leben werden.

Die EMOK weist diese Lehre aus folgenden theologischen Gründen als falsch zurück:

- Der „christliche Zionismus“ sieht im Staat Israel und im Judentum nur Instrumente zur Herbeiführung eschatologischer Geschehnisse. Dem Judentum wird kein eigenständiger Wert zugestanden. Das Recht einer jüdischen Existenz in der Diaspora wird bestritten. Dies widerspricht den Grundsätzen des christlich-jüdischen Dialogs, zu dem sich die EKD und ihre Gliedkirchen bekennen.
- Der „christliche Zionismus“ ist eine Engführung biblischer Aussagen. Aspekte der Versöhnung, Feindesliebe und Vergebung werden vernachlässigt. Dagegen werden endzeitliche Abläufe konstruiert, die sich in dieser Weise nur bedingt in der Bibel finden. Dieser Umgang mit der Heiligen Schrift ist unevangelisch. Jesus hat alle klaren Vorhersagen des Zeitpunktes apokalyptischer Ereignisse verworfen.
- In dem exklusiven Zuspruch des Landes Israel an das Volk Israel – Nichtjuden haben kein Lebensrecht dort oder dürfen nur als land- und rechtlose Beisassen dort wohnen – verletzen die „christlichen Zionisten“ grundlegende Menschenrechte.
- Mit der exklusiven Zuweisung des Landes an das Volk Israel negiert der „christliche Zionismus“ auch das Existenzrecht der in dieser Region existierenden Kirchen. Damit erweist sich diese Lehre als unökumenisch und ungeschwisterlich.
- Die Lehren des „christlichen Zionismus“, aber auch die in deren Lichte aktuellen rücksichtslosen Aktivitäten wirken konfliktverschärfend.

IV. Schlussbemerkungen

Die evangelischen Christen, Werke und Kirchen in Deutschland stehen in der Verantwortung, im Konflikt zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk zur Sprache zu bringen, wo die Schutzstandards des humanitären Völkerrechts gebrochen oder Menschenrechte systematisch verletzt werden.

Insbesondere sind im Gespräch mit israelisch-jüdischen Partnern zu benennen:

- der fortgesetzte Bau und Ausbau von Siedlungen auf besetztem Gebiet
- Gewalt, die von Siedlern im besetzten palästinensischen Gebiet an der palästinensischen Bevölkerung ausgeübt wird
- die Folgen des Verlaufs israelischer Mauern und Sperranlagen durch besetztes Gebiet für die palästinensische Bevölkerung
- die ständige massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete
- die Verhinderung einer freien wirtschaftlichen Entwicklung in den palästinensischen Gebieten, da fast alle Güter über Israel und zu israelischen Konditionen ein- und ausgeführt werden müssen

Im Gespräch mit palästinensischen und auch israelisch-palästinensischen Partnern ist vor allem zu benennen:

- ein Ende der Terror- und Selbstmordanschläge
- die Beendigung des Beschusses israelischer Zivilbevölkerung mit Raketen
- der Aufbau eine palästinensischen Gesellschaft mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung
- die gleichwertige Religionsfreiheit für alle Religionen

Dass im Zuge der Staatsgründung Israels Verbrechen am palästinensischen Volk begangen wurden, ist eine historische Tatsache, die dringend darauf wartet, zwischen beiden Völkern bearbeitet zu werden. Das Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Staat kann sie nicht in Frage stellen – ebenso wenig wie terroristische Verbrechen das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat in Frage stellen.

Der gemeinsame Glaube an den Gott, den Jesus Christus als seinen Vater angerufen hat, macht uns zu Geschwistern der (israelischen) Juden, der christliche Glaube zu Geschwistern der (arabischen) Christen. Israelis und Palästinenser sind, wie alle Menschen, Ebenbilder Gottes. Diese drei Beziehungslinien von uns zu, Juden, arabischen Christen und allen Menschen sind nicht gegeneinander zu bewerten oder auszuspielen: sie sind unterschiedlich, aber gleichwertig.

Ein unterstützendes Engagement nur für Israelis oder nur für Palästinenser ist möglich. Die EMOK spricht sich dabei für den Dialog aus und ruft daher alle im Nahen Osten engagierten Christen auf, immer auch die jeweils andere Seite wahrzunehmen und zu respektieren. Weiterführend ist aber ein Engagement, das sich auf beide Seiten konstruktiv auswirkt, und vermittelnd, verbindend und versöhnend wirkt.

Frieden ist nur dadurch zu erreichen, indem auch der andere Frieden, Normalität und Fortschritt erlebt.

Die Evangelische Mittelost-Kommission (EMOK)

Die EMOK ist ein ständiger Arbeitskreis der EKD. Sie setzt sich aus Landeskirchen, Einrichtungen und Werken zusammen, die durch ihre Arbeit dem Nahen und Mittleren Osten besonders verbunden sind. Die Geschäftsführung der EMOK wird im dreijährigen Wechsel durch das Nahostreferat der EKD und das EMW wahrgenommen (2010-12 durch das EMW).

Kontakt:

Evangelisches Missionswerk in Deutschland
Referat „Afrika & Mittlerer Osten“
Normannenweg 17-21
20537 Hamburg
Telefon: 040-254 56 173
Telefax: 040-254 56 473
e-mail: owe.boersma@emw-d.de

Kirchenamt der EKD
Referat „Naher und Mittlerer Osten“
Herrenhäuser Str. 12
D-30419 Hannover
Telefon: 0511-27 96 237
Telefax: 0511-27 96 99 237
e-mail: jens.nieper@ekd.de

Mitglieder der EMOK

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Arbeitsgemeinschaft „Juden & Christen“ beim Deutschen Evangelischen Kirchentag
Arbeitskreis Studium im Mittleren Osten (SIMO)
Arbeitskreis Studium in Israel e.V.
Berliner Missionswerk (BMW)
Brot für die Welt
Christlicher Hilfsbund im Orient e.V.
Evangelische Brüder-Unität
Ev. Jerusalem-Stiftung (EJSt)
Ev. Karmelmission e.V.
Ev. Kirche im Rheinland
Ev. Kirche in Hessen und Nassau
Ev. Kirche in Deutschland / Nahostreferat (EKD)
Ev. Kirche von Westfalen
Ev. Landeskirche in Baden
Ev. Landeskirche in Württemberg
Ev.-Luth. Kirche in Bayern
Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers
Ev.-Luth. Zentralverein für Begegnung von Christen und Juden e.V.
Ev. Entwicklungsdienst e.V. (EED)
Ev. Verein für die Schneller-Schulen (EVS)
Ev. Missionswerk in Deutschland (EMW)
Ev. Missionswerk in Südwestdeutschland e.V.
Evangeliumsdienst für Israel e.V. (edi)
Evangeliumsgemeinschaft Mittlerer Osten (EMO)
Institut Kirche und Judentum (Theologische Fakultät / Berlin)
Jerusalemverein im Berliner Missionswerk
Jesus-Bruderschaft e.V. / Kommunität Gnadenthal
Johanniter-Orden
Kaiserin Auguste Victoria-Stiftung (KAVSt)
Kaiserswerther Diakonie
Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden (KLAK)
Nes Ammim e.V.
Nordelbische Ev.-Luth. Kirche
Nordelbisches Missionszentrum (NMZ)
Orientdienst e.V.
Vereinigte Ev.-Luth. Kirche Deutschlands (VELKD) / Deutsches Nationalkomitee des
Lutherischen Weltbundes

Herausgegeben vom Kirchenamt der EKD
Herrenhäuser Straße 12 · 30419 Hannover
Telefon: 0511/27 96 0 · Fax: 0511/27 96 707
E-Mail: versand@ekd.de · Internet: www.ekd.de